

Schängel-Serie: Erinnerung an NS-Opfer

Es ist geschehen, und folglich darf es nicht wieder geschehen

-von Joachim Hennig-

Thüringen im Winter. Die Landtagswahlen hatten keine klare Mehrheit gebracht, den extrem Rechten aber deutliche Zugewinne. Sie kamen dadurch in eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung. Ihr Parteichef verlangte u. a., dass ein bestimmter Jurist aus dem Westen Innen- und Volksbildungsminister sowie stellvertretender Ministerpräsident würde. Dieser sei „von außerordentlich großem Können (...), der „alle übrigen Herren des Kabinetts an Fähigkeiten und Willensstärke turmhoch überragt“.

So kam es auch. In Thüringen kam erstmalig eine bürgerlich-extrem rechte Koalitionsregierung und mit dem ersten Minister der extremen Rechten überhaupt zustande. Dieser hatte als Innen- und Volksbildungsminister von seinem Parteichef den Auftrag, eine „langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers von den roten Revolutionserscheinungen (und die) Nationalisierung des Schulwesens (zu vollziehen sowie) von Thüringen aus der verhängnisvollen (Deutschland-)Politik entgegenzutreten“. Thüringen sollte zum „Experimentierfeld“ der extremen Rechten wer-

den. Der Minister trat sein Amt mit dem Ziel an, „Thüringen, das grüne Herz Deutschlands, zum Mittelpunkt eines unbändigen, fanatischen, nationalen Wehrwillens, Widerstandswillens und Freiheitswillens“ zu gestalten.

Der Minister erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen voll und ganz. Als Volksbildungsminister setzte er die extrem rechte „Kultur“ und „Bildung“ durch. Gerade einen Monat im Amt, verbot er den Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ an allen Thüringer Schulen. Dann verfasste er den Erlass „Wider die Negerkultur, für deutsches Volkstum“, mit dem er die „Verseuchung durch fremdrassige Unkultur“ unterbinden wollte. Gleichzeitig führte er das Schulgebet wieder ein und verlangte von den Schülern das „Beten auf deutsche Art“. Ein Teil dieser Gebete war so rassistisch, dass sie der Thüringische Gerichtshof für verfassungswidrig erklären musste.

Der Minister betrieb auch eine extrem rechte Personalpolitik. So ernannte er in Weimar einen „Kulturassistenten“, der zugleich die Fresken des Bauhausmeisters Oskar Schlemmer übertünchen

ließ. 70 Gemälde und Grafiken wurden als „entartete Kunst“ – darunter Werke von Otto Dix, Ernst Barlach und Paul Klee – entfernt. Im Herbst schuf der Minister an der Universität Jena den „Lehrstuhl für Rassefragen und Rassekunde“ und besetzte ihn mit einem Rassekundler. Diese Rassenlehre wurde auch in den Schulen übernommen.

Vor allem organisierte er als Innenminister die Staatseinrichtungen und die Verwaltung neu. Den Weg dazu eröffnete ihm das „Ermächtigungsgesetz“ vom 29. März. Dies wurde von ihm wegen eines angeblichen Verfassungsnotstandes im Landtag eingebracht und dann auch verabschiedet. Das gab der Landesregierung für ein halbes Jahr weitgehende Vollmachten, um die gesamte Landesverwaltung und den ganzen Behördenaufbau umzubilden – nicht (wie „normal“) mit Gesetzen sondern mit Verordnungen. Der Minister der extremen Rechten ergriff diese Möglichkeit sehr beherzt, sorgte für die Zentralisierung der Verwaltung. Beim Abbau von Ämtern und Personal entließ er insbesondere sozialdemokratische Beamte und nach einer Umorganisation der Lan-

despolizei stellte er vor allem extreme Rechte ein. Missliebige Lehrer entfernte er wegen „religionsfeindlicher Indoktrination im Unterricht“.

Ein gutes Jahr später hatte der Minister den Bogen überspannt. Vor allem die vielfältigen Beleidigungen und Verleumdungen der extremen Rechten brachten der Regierung ihr Ende, der Minister trat am 1. April zurück. Es gab erst einmal eine neue Landesregierung ohne Beteiligung der extremen Rechten.

Trotzdem war das Experiment Thüringen für die extreme Rechte gelungen. Die Maßnahmen des extrem rechten Ministers in organisatorischer und personeller Hinsicht blieben bestehen. Als ein Jahr später die Landesregierung dann von den extremen Rechten geführt wurde, konnte diese schon u.a. über einen Grundstock extrem rechter Polizeibeamter verfügen.

Ein weiteres Jahr später – nach wiederholten Neuwahlen, in denen die extremen Rechten immer stärker wurden – waren sie am 30. Januar in ganz Deutschland (wiederum in einer Koalitionsregierung) an der Macht und der ehemalige thüringische Minister Innenminister von Deutschland. So-

fort setzten sie die Grundrechte außer Kraft und schafften die Demokratie und die Gewaltenteilung ab. Ein Meilenstein auf dem Weg in den Unrechtsstaat war das „Ermächtigungsgesetz“, das war der Freibrief für die Regierung und den Innenminister.

Die geneigte Leserin, den geneigten Leser bitte ich für die hier irritierend geschilderte Geschichte um Verständnis – aber das musste sein. Das ist die Geschichte von Aufstieg der NSDAP und dem aus Alsenz in der Nordpfalz stammenden Juristen Dr. Wilhelm Frick. Jede Ähnlichkeit mit lebenden Personen ist rein zufällig. Die Geschichte ist aber ein deutsches Drama. Es reicht vom 23. Januar 1930 (Bildung der thüringischen Landesregierung unter Beteiligung der NSDAP) bis zum 30. Januar 1933 (Machtübernahme der Nazis im Deutschen Reich). Das war vor 90 bzw. 87 Jahren sowie 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus und sechs Millionen ermordeter Juden, fünf Millionen anderer aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzter Menschen und mehr als 55 Millionen Kriegstoten.

Der Auschwitzüberlebende Primo Levi sagte nach der Befreiung: „Es ist ge-

schehen, und folglich kann es wieder geschehen.“ Wir sagen: Es darf nicht wieder geschehen! Lernen wir aus der Geschichte: Die Nationalsozialisten haben nie die parlamentarische Mehrheit gehabt. Immer sind sie „nur“ mithilfe von bürgerlichen Parteien an die Macht gekommen. Deshalb muss die Brandmauer nach rechts weiter verfestigt werden und darf auch bei den bürgerlichen Parteien keine Risse (und mehr) zeigen. Im Augenblick haben die demokratischen Parteien einen guten Weg eingeschlagen. Wir wünschen es ihnen und ihren Wählern, dass sie ihn weitergehen.

Wer mehr über den zum Tode verurteilten und hingerichteten Hauptkriegsverbrecher Frick erfahren will, dem sei der Aufsatz empfohlen: Joachim Hennig: Hitlers Innenminister – Dr. Wilhelm Frick (1877-1946), in: Franziska Blum-Gabelmann/Jörn Kobes (Hg.): Das Eiserne Buch der Stadt Bad Kreuznach (1917-2017). – 100 Jahre Zeitgeschichte. Band 2: Beiträge, Bad Kreuznach 2017, S. 217-276; abrufbar auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz: www.mahnmal-koblenz.de/PDF_AUF/WDL_2017_Frick.pdf